Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, zwei Teilausgaben abends und morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Originalmitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Montags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Garmondzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite (Zeile 30 Pfg.; die 1spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg. Bei Nummern nach Sonn- und Festtagen 1 bez. 2spaltige Grundzeile 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Schokoladen, Kakaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden.** Altmarkt 2.

B. A. Müller, Königl. Sächs. Hoflieferant
Grösstes und feinstes **Spielwaren-Haus.**
Dresden-A., Pragerstr. 32.
Gesellschafts-, Selbstbeschäftigungs- u. Fröbel-Spiele. Preisliste frei.

Glaswaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse No. 1–3 (Hofgebäude).

Nr. 32. Spiegel: Kampf gegen polnische Umtriebe. Hofnachrichten. Eheprozeß. Gewerbekammer, Alpenvereinsfest, Gerichtsverhandlungen. „Missa solemnis".

Mutmaßliche Witterung: **Ziemlich warm, veränderlich.**

Sonntag, 1. Februar 1903.

Für die Monate

Februar und März

abonnieren die Leser in

Dresden und dessen sämtlichen einverleibten Vororten

bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von

1 Mark 70 Pfg.

Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu 2 Mark, in Oesterreich-Ungarn zu 2 Kronen 96 Hellern angenommen.

Für je einen Monat stellt sich der Bezugspreis in Dresden bei der Hauptgeschäftsstelle auf 90 Pfg., bei den Kaiserl. Postanstalten im Reichsgebiete auf 1 Mk. und in Oesterreich-Ungarn auf 1 Krone 48 Heller.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.

Polendebatte im Reichstag.

Der Reichstag wies am Freitag, als die Polen-Interpellation zur Beratung stand, nur eine schwache Besetzung auf, die aber sicherlich nicht dem Mangel an Interesse in den Reihen der nationalen Parteien für die vaterländische Bedeutung der Polenfrage, sondern lediglich dem Umstande zuzuschreiben war, daß die deutschgesinnten Volksvertreter es endlich allgemein satt haben, immer wieder die von hohlem Pathos und innerer Unwahrhaftigkeit getragenen polnischen Tiraden über angebliche Knechtung und Mißhandlung, über Unterdrückung der „heiligsten Rechte" der polnischen Mitbürger geduldig über sich ergehen zu lassen. Dazu kommt noch das weitere Moment, daß die Polenpolitik sich wesentlich als eine innere Angelegenheit des preußischen Bundesstaates darstellt, die zwar zu einer erfolgreichen Durchführung der lebendigen Anteilnahme der gesamten deutschen Reichsbevölkerung dringend bedarf, aber doch der formalen Zuständigkeit des Reichstags zu weit entrückt ist, um vor dessen Forum sich einer verfassungsmäßigen Verantwortung unterziehen zu können. Diesen Gesichtspunkt betonte auch die Regierung durch den Mund des Staatssekretärs Grafen von Posadowsky mit einem an Schroffheit grenzenden Nachdruck. Der Staatssekretär warnte den Reichstag eindringlich davor, seine Befugnisse zu überschreiten und angebliche Mißstände aus allen möglichen Einzelstaaten im Hause zur Sprache zu bringen, nur weil man dort einen „größeren Resonanzboden" habe als in den Einzellandtagen. Alle derartigen Versuche würden der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen im Keime ersticken. Hiernach darf es nicht Wunder nehmen, wenn die Verhandlung nicht unter dem gleichen Zeichen einer gehobenen nationalen Stimmung stand, wie sie bei ähnlichen Anlässen das preußische Abgeordnetenhaus als die eigentlich zuständige Körperschaft für tiefgründige Polendebatten zu beherrschen pflegt.

Was der polnische Abgeordnete von Dziembowski zur „Begründung" der Interpellation vorbrachte, war ein langer Katalog von einzelnen Verwaltungsmaßnahmen, die zum Schutze der deutschen Interessen gegen die polnische Feindseligkeit unabweislich waren. Daß solche Abwehrmaßregeln den Betroffenen weh tun, daß sie nicht ihren Beifall erringen, ist selbstverständlich; denn wo gehobelt wird, fallen Späne. Wenn erst einmal die radikale polnische Nationalpartei mit einer deutschen Polenpolitik „zufrieden" wäre, dann könnte das Deutschtum in den polnischen Gegenden nur gleich einpacken; insofern ist also die polnische „Unzufriedenheit" immerhin ein gutes Zeichen für die Wachsamkeit, mit der die preußische Regierung an der Ostgrenze des Vaterlandes auf dem Posten steht. Für die Behauptung aber, daß die polnische Bevölkerung Preußens unnütz drangsaliert werde, daß die Regierung eine Politik der Gewalt und des Unrechts gegenüber den Polen betreibe, blieb der Interpellant den Beweis der Wahrheit schlechterdings schuldig. Den Herren, die in solcher Weise das große Wort führen, steht es auch am allerletzten an, sich über eine Behandlung zu beschweren, die bei aller notgedrungenen Strenge doch niemals den Boden der Zivilisation und Humanität nach deutscher Art und Sitte verläßt, während dort, wo die Polen selbst das Szepter führen, wie in Galizien, die ruthenische nationale Minderheit, obwohl sie sich bei einem nur halbwegs menschlichen Regiment leicht und willig in die Mehrheit einfügen würde, bloß aus nationalpolnischem Uebermut und Fanatismus in einer wahrhaft himmelschreienden Weise tyrannisiert und im tiefsten geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Elend gehalten wird.

Zum Schlusse schleuderte der polnische Redner dem Deutschtum mit haßerfüllten Worten den Fehdehandschuh hin, indem er in drohender Pose die Fortführung des Kampfes bis aufs Messer in Aussicht stellte und die Gewißheit des Sieges für die polnische Sache zur Schau trug. Man darf auf deutscher Seite solche Ausbrüche von Fanatismus nicht einfach als leere Worte auf die leichte Achsel nehmen. Es mag ja sein, daß ein gutes Stück von Bramarbasieren mit dahinter steckt; daß aber daneben auch der ernsthafte Wille besteht, sie zur Tat zu machen, zeigen die jüngsten Enthüllungen über das Bestehen eines nationalen polnischen Geheimbundes und eines polnischen Nationalschatzes klar und deutlich. Der Eid, den die letzthin wegen Geheimbündelei verurteilten polnischen Gymnasiasten bei ihrem Eintritt in den polnischen Nationalverein schwören mußten, lautete nach der Bekundung des preußischen Kriegsministers im Reichstag folgendermaßen: „Ich schwöre, daß ich alle Kräfte zur Befreiung des unterdrückten Vaterlandes aufwenden werde; und ich schwöre bei der künftigen Wiedergeburt des Vaterlandes, daß ich diesen Eid gewissenhaft halten werde." So wird der junge polnische Nachwuchs von vornherein in die Banden der bedingungslosen Feindschaft gegen den preußischen Staat und das Deutsche Reich geschlagen, und das alles zu Gunsten des nebelhaften Traumes einer nur durch die gewaltsame Zerstörung Deutschlands und der gesamten europäischen Ordnung zu erzielenden Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates auf der Grundlage der Jagellonenherrschaft, unter der Polen von den Küsten der Ostsee im Norden bis Cherson am Schwarzen Meere im Süden und von der Mündung der Netze im Westen bis zur Desna im Osten ein Gebiet von mehr als 940000 Quadratkilometer umfaßte.

Und solche umstürzlerische Utopien, die an den Grundlagen seines nationalen Bestandes rütteln, soll der preußische Staat ruhig gewähren lassen, ihnen soll die preußische Regierung mit verschränkten Armen gegenüberstehen? Nur politische Strohköpfe oder bewußte Feinde der deutschnationalen Sache können ein derartiges Verlangen stellen, dessen Erfüllung voraussetzen würde, daß Preußen jede Empfindung für seine deutsche Mission verloren hätte und an den Wurzeln seiner Lebenskraft verdorrt wäre. Bedenkt man das, so sind es höchst peinliche und widerwärtige Empfindungen, die sich jedes deutschen Patrioten angesichts der kläglichen Haltung des Zentrums und des Freisinns in der Polenfrage bemächtigen müssen. Der Zentrumsabgeordnete Roeren tat wieder, wie üblich, sein Möglichstes, um die Polen heraus und die Preußen herunter zu reißen. Die Polen sind nach Herrn Roeren und der übereinstimmenden Auffassung seiner Fraktionsmitglieder „loyale deutsche Staatsbürger". Damit steht es nach den im Zentrum herrschenden nationalen Begriffen durchaus nicht im Widerspruch, wenn ein Mitglied der polnischen Fraktion, wie der nationalliberale Abgeordnete Graßmann festnagelte, von dem Umsichgreifen der „preußischen Pest" zu sprechen wagt; so etwas kommt der Partei der „Musterpreußen" gar nicht befremdlich vor, daran nehmen die ultramontanen Herren kein Aergernis. Es ist ja wahr, wie die Dinge einmal liegen, sind die nationalen Parteien an ein politisches Zusammenwirken mit dem Zentrum gebunden und müssen ihm deshalb manchmal Zugeständnisse machen, wo sie es lieber nicht täten, wenn sie in voller Freiheit zu handeln vermöchten. Um so mehr ist es aber auch ihre Pflicht, bei solchen Anlässen, wie der Polenfrage, wo das Zentrum unverhüllt sein wahres Gesicht zeigt, die Augen offen zu halten und das Bewußtsein des regelwidrigen und in nationaler Hinsicht unfruchtbaren Charakters dieser unfreiwilligen Bundesgenossenschaft aufzufrischen.

Den erfreulichen Kern der Verhandlung stellte die kurze und bündige Versicherung des Grafen Posadowsky dar, daß die polnischen Landesteile für immer und unauflöslich mit Preußen und dem Deutschen Reiche verbunden sind und daß dieses Verhältnis bestehen bleiben wird, so lange das Deutsche Reich und der preußische Staat noch einen Soldaten ins Feld zu schicken haben. Damit kann jeder deutsche Patriot zufrieden sein, nicht minder auch mit der Erklärung von der gleichen Stelle aus, daß es eine internationale Seite der Polenfrage heute überhaupt nicht mehr gibt, sondern daß diese jetzt lediglich eine Sache der inneren preußischen Verwaltung ist. Somit bleibt nur zu wünschen, daß die preußische Regierung in ihrer Polenpolitik weder ein Heute noch ein Morgen kennen, sondern immer von demselben Geiste der Konsequenz beseelt sein möge, der in vergangenen Tagen dem Fürsten Bismarck den Polen gegenüber eigen war. Fürst Bismarck hat in seiner ganzen politischen Laufbahn niemals auch nur einen Augenblick in der Beurteilung der Polenfrage geschwankt und so muß es auch in alle Zukunft mit seinen Nachfolgern auf diesem Gebiete bleiben, so lange der Traum des polnischen Nationalstaates noch in den Gemütern der Polen fortlebt und ihr Verhalten gegenüber dem Deutschen Reiche bestimmt. Allerdings kann die Regierung nicht alles allein tun, sondern es muß hinzukommen, daß die gleiche nationale Anschauung und die Bereitwilligkeit der einzelnen Deutschen, von ihrem Platze aus und nach ihrem Vermögen an dem Germanisierungswerk mitzuwirken, immer weitere Kreise der Bevölkerung erfaßt. Daneben muß dann auch ein Beamtentum in den polnischen Gegenden geschaffen werden, das sich nicht in starrem Bureaukratismus von der Bevölkerung absondert, sondern in lebendiger Wechselwirkung mit ihr die nationalen Ziele der Regierung in loyalster Weise zu erfüllen bestrebt ist. Alle berufenen deutschen Volkskräfte von oben und von unten her müssen sich in vereintem Wirken zum Kampfe gegen das Polentum im Interesse der nationalen Selbsterhaltung Deutschlands zusammenfinden. Geschieht das, so kann auch der Erfolg nicht zweifelhaft sein, und der Kaiser als der oberste Schirmherr der deutschnationalen Interessen wird sein Volk dem Ziele zuführen, das er in seiner Marienburger Rede im vorigen Jahre mit den denkwürdigen Worten bezeichnete: „Ich bin es der Arbeit meiner Vorfahren schuldig, dafür zu sorgen, daß die Provinz unauflöslich mit der preußischen Monarchie verknüpft, daß sie stets gut preußisch und gut deutsch bleibt."

Neueste Drahtmeldungen vom 31. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4).

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. In Anwesenheit von wenig mehr als 25 Abgeordneten genehmigt zunächst die Patentmuster- und Markenschutz-Abkommen mit Italien und der Schweiz debattelos in dritter Lesung definitiv und dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben bei § 1 fortgesetzt, zu welchem der sozialdemokratische Antrag vorliegt, das Gesetz auch auf die Kinderbeschäftigung in der Landwirtschaft und im Gesindedienst auszudehnen. — Abg. Dr. Hasse (nat.-lib.) tritt namens seiner Freunde für die unveränderte Annahme der Vorlage in der Fassung der Kommission ein. Eine so einschneidende Maßregel, wie die Ausdehnung des Gesetzes auf die Beschäftigung der Kinder in landwirtschaftlichen Betrieben dürfte nur auf Grund sehr eingehender Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande ins Werk gesetzt werden. Deshalb, und um die Vorlage überhaupt nicht zu gefährden, sei es richtig, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen und sich auf die bezügliche, von der Kommission beantragte Resolution zu beschränken. Was die gewerblich tätigen Kinder anlange, so wäre vielleicht eine noch weitere Ausdehnung des Schutzes derselben zu wünschen gewesen, aber die Rücksichten auf das Gewerbe mahnten doch zur Vorsicht. Vollständig neu in diesem Gesetze sei dessen Anwendung auf die Hausindustrie und den Familienbetrieb. Seine Freunde wollten ja diesen Schritt mitmachen, aber ein vorsichtiges Vorgehen sei da doch unerläßlich. Eine Kleinigkeit sei es schließlich nicht, wenn jetzt Hunderttausende von Kindern aus gebotenen hygienischen Erwägungen und aus Rücksicht auf die Erziehung der Kinder aus dem gewerblichen Leben ausscheiden. — Abg. Trimborn (Zentr.) wendet sich gleichfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag. Selbst Herr Agahd, auf dessen Urteil die Linke doch so viel Gewicht lege, und der sich um die Sache zweifellos Verdienste erworben habe, habe in der „Sozialen Praxis" ausgesprochen, daß die Mehrheit der Kommission ganz recht daran getan habe, sich einstweilen auf die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit zu beschränken. Der sozialdemokratische Antrag mache daher auch nur den Eindruck einer bloßen Demonstration. — Staatssekretär Graf Posadowsky erkennt an, daß sich Herr Agahd zweifellos große Verdienste in dieser Angelegenheit erworben habe, indem er die öffentliche Aufmerksamkeit auf die vielen, bis dahin noch nicht genügend bekannt gewesenen Verhältnisse gelenkt habe. Was den sozialdemokratischen Antrag anlange, so gebe er zu bedenken, daß doch die Verhältnisse in der Landwirtschaft und den sonstigen Gewerben gar zu verschiedene seien, so daß eine gleichzeitige Regelung des Kinderschutzes im vorliegenden Gesetze sich verbiete; schon der Zeit nach bestehe eine solche Verschiedenheit. Für die Gewerbe könne sehr wohl vorgeschrieben werden, zu welchen Stunden Kinder beschäftigt, resp. nicht beschäftigt werden dürften. In der Landwirtschaft könnten solche Vorschriften dagegen nicht erlassen werden; da richtet sich die Arbeitszeit nach den Umständen, nach Regen, Wind und Sonnenschein. Er bitte also, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, und nur die Resolution der Kommission anzunehmen. — Abg. Ernst (freis. Vereinig.) erklärt, auf dem Lande aufgewachsen zu sein und nur bestätigen zu können, daß solche Dinge vorkämen, wie Agahd sie schildere. — Abg. Brämcke (freis. Volksp.) führt unter lebhaftem Beifall der Rechten aus, ein Gesetz, welches die Kinderarbeit in der Landwirtschaft verbieten wolle, würde einen Sturm der Entrüstung unter den Bauern hervorrufen und den Ruin derselben herbeiführen. Gewiß unzutreffend sei, was über die Hütekinder gesagt sei. Diese bekämen Löhne wie die Großen, ja noch mehr; die Bauern würden den Kuckuck so viel Geld für die Hütekinder ausgeben, wenn sie sie nicht nötig hätten. Was über die Verkümmerung, leiblich und körperlich, der Hütekinder gesagt sei, sei auch richtig. Die Hütekinder bewegten sich in frischer Luft und seien an Geist und Körper frisch. Er habe meistens auch gefunden, daß die Hütejungen die Ersten in ihrer Klasse waren. (Heiterkeit links.) Auch die Halbtagsschule auf dem Lande leiste Gutes. Die Resolution können freilich auch wir annehmen. Dagegen, daß über die Arbeitsverhältnisse der Kinder auf dem Lande noch Erhebungen angestellt würden, sei nichts einzuwenden. (Bravo rechts. Abg. Müller-Meiningen ruft den Stenographen zu: „Schreiben Sie, Bravo rechts!" Heiterkeit.) — Abg. Reißhaus (Soz.): Eine nette Volkspartei! Die Herren scheinen jetzt den Tagen vor Weihnachten nach dem Beifall der Rechten lüstern zu sein! Selbst die Halbtagsschule hält der Vorredner für eine gute Einrichtung. Es ist doch wirklich zu traurig! Vorliegendes Gesetz bedeutet einen großen Fortschritt, aber es macht doch nur halbe Arbeit; deshalb solle man dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen. — Abg. Henning (kons.) widerspricht diesem Antrag, mit dem man das Kind mit dem Bade ausschütten werde. — Abg. Gamp (Reichsp.): Zu der Entrüstung, die ihm neulich das „frivole Verleumdungs" in den Mund gelegt habe, sei er durchaus berechtigt gewesen. Müsse man denn nicht entrüstet sein, wenn man in dem Agahdschen Buche lese, daß z. B. die Hütemädchen ganz allgemein sich hingäben? Müsse man nicht entrüstet sein, wenn dem Verwalter und Inspektor allgemeine Unzuverlässigkeit nachgesagt werde? Wo Unzulässiges vorkäme, solle man die Einzelschuldigen an den Pranger stellen; aber nicht so über den ganzen Stand aburteilen. — Abg. Sieg (nat.-lib.) konstatiert Wurm und Speck gegenüber, daß in der Hauptsache die Bauern und nicht der Großgrundbesitzer den

Hotel Bristol
Dresden-A., Bismarckplatz 5-7.
Höchster Luxus und Komfort.
Zimmer von Mark 2.50 an.